



An den Landrat des Kreises Wesel
Herrn Ingo Brohl

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Personal, Digitales und Verwaltungsangelegenheiten
Herrn Hubert Kück

An die Fraktionsvorsitzenden, die Sprecherin der Gruppe
SOZIAL, GERECHT, VERNÜNFTIG, die Sprecher der Freie
Gruppe im Kreistag und die AfD- Gruppe Kreis Wesel und
das Einzelkreistagsmitglieder im Kreistag Wesel

**Bündnis 90/Die Grünen
im Kreistag Wesel**

Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel
Telefon 0281 207 2004
eMail gruene-fraktion@kreis-wesel.de

Fraktionsvorsitzender

Hubert Kück
Telefon 0281 27324
Mobil 0173 2719581

24. März 2025

Anfrage: Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Kreisverwaltung Wesel

Sehr geehrter Herr Landrat Brohl,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Kück,

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, für die Sitzung des Ausschusses für Personal, Digitales und Verwaltungsangelegenheiten am **01.07.2025** die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

„Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Kreisverwaltung Wesel“

Aus Sicht der Grünen Kreistagsfraktion ist die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit.

Sowohl in der Fachpresse als auch in der aktuellen Spitzenforschung ist KI ein viel diskutiertes Thema. KI-gestützte Anwendungen bieten ein enormes Potenzial, um Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten, Bürgerservices zu verbessern und die Arbeit der Mitarbeitenden zu erleichtern. So werden Bearbeitungszeiten verkürzt und damit die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger erhöht. Außerdem könnten Routineaufgaben automatisiert und so personelle Ressourcen für komplexere Tätigkeiten freigesetzt werden.

Positive Beispiele für den Einsatz von KI in der Verwaltung ist ein Chatbot zur Beratung der Bürger/innen auf der Webseite der Stadt Nettetal oder das Landesprojekt NRW.Genius zur Unterstützung der Mitarbeitenden der Landesverwaltung.

Gerade in Zeiten eines knapper werdenden Arbeitsmarktes für Fachpersonal ist es sinnvoll, eine Analyse und als Ableitung hieraus den möglichen Einsatz von KI in der Verwaltung im Fachausschuss vorzustellen.

Wir bitten die Kreisverwaltung deshalb, folgende Fragenstellung zu beantworten:

1. In welchen Bereichen und wie hat KI bereits zu einer Unterstützung bestehender Verwaltungsprozesse geführt und die Effizienz sowohl innerhalb der Verwaltung als auch zwischen verschiedenen Verwaltungen gesteigert?
2. Ist die Nutzung von bereits existierenden, generellen, KI-gestützten Diensten wie ChatGPT durch die Beschäftigten erlaubt?
3. Wenn ja, findet diese statt?
4. Gibt es zur generellen Nutzung solcher Produkte eine Dienstvereinbarung bzw. ist diese geplant?
5. Hat sich die Verwaltungen bereits ethische Richtlinien für den KI-Einsatz gegeben, die insbesondere Transparenz und Erklärbarkeit von KI-Entscheidungen, Diskriminierungsfreiheit und die Verantwortung/Haftung bei Fehlentscheidungen der KI umfasst?
6. In welcher Art und Weise beabsichtigt die Verwaltung KI zur Unterstützung der Mitarbeitenden einzusetzen?
7. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um Mitarbeitende auf den KI-Einsatz vorzubereiten und weiterzubilden?
8. Sieht die Kreisverwaltung in der Nutzung von KI-Chancen zur Verbesserung von Bürgernähe und bürgernahen Dienstleistungen?
9. Welche Möglichkeiten gibt es, um die Bürger*innen in den Prozess der KI-Implementierung einzubeziehen und Transparenz zu schaffen?
10. Steht die Kreisverwaltung mit anderen Gebietskörperschaften oder IT-Dienstleistern im Austausch zur Implementierung von KI-Lösungen?
11. Gibt es bereits eine erste Einschätzung von erforderlichen Ressourcen (Zuwachs an Personal und Finanzmittel) zur möglichen Implementierung von KI-Lösungen (Ressourcen- und Kostenbewertung)?
12. Erwartet die Kreisverwaltung Einsparpotenziale durch Effizienzsteigerungen?
13. Welche Maßnahmen ergreift die Verwaltung, um bestehende oder geplante KI-Systeme abzusichern bzw. ist geplant, KI-Systeme allgemein zur Sicherheit der bestehenden IT-System einzusetzen?

Begründung:

Auf dem Weg zur fortschreitenden Digitalisierung in der Kreisverwaltung sollten die neuen Möglichkeiten der Einbindung von KI mit betrachtet werden. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass der Einsatz von KI in der Verwaltung verantwortungsvoll, transparent und unter Wahrung der Persönlichkeits- und Urheberrechte der Bürger/innen erfolgt. Entscheidungen, die grundlegende Rechte der Bürgerinnen und Bürger betreffen, müssen weiterhin von Menschen getroffen werden. Eine sorgfältige Analyse der Chancen und Risiken ist daher unerlässlich.

Wir legen besonderen Wert darauf, dass die Digitalisierung der Verwaltung nicht nur der Effizienzsteigerung dient, sondern auch ökologische Nachhaltigkeit fördert (z.B. durch Papierreduktion und optimierte Prozesse) und soziale Teilhabe ermöglicht. KI-Systeme müssen diskriminierungsfrei gestaltet sein und dürfen keine neuen Barrieren schaffen. Mit den personenbezogenen Daten der Bürgerinnen und Bürgern ist mit höchster Sorgfalt umzugehen.

Mit diesem Antrag möchten wir einen wichtigen Schritt in Richtung einer zukunftsfähigen, bürgernahen und ressourcenschonenden Verwaltung gehen.

Mit freundlichen Grüßen



Helga Franzkowiak
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende